

Dringliche interfraktionelle Motion GFL/EVP, GB/JAI, SVP (Matthias Stürmer, EVP/Danielle Cesarov-Zaugg, GFL/Katharina Gallizzi, GB/Daniel Lehmann, SVP): Nachhaltigkeit in der neuen Digital-Strategie der Stadt Bern

Sowohl die «E-Government-Strategie der Stadt Bern 2013 bis 2016»¹ wie auch die «ICT-Strategie 2013-2016»² der Stadt Bern sind bereits vor einem halben Jahr ausgelaufen, ohne dass der Gemeinderat zu diesen beiden wichtigen Themen Folgestrategien verabschiedet hat. Zurzeit ist der Informatiklenkungsausschuss (ILA) nun daran, die bisherigen Ergebnisse der ICT-Strategie zu analysieren und daraus abgeleitet eine überarbeitete Digital-Strategie zu schaffen. Zu relevanten Technologie-Trends wie Open Government Data, Smart City oder digitale Transformation existieren jedoch noch gar keine strategischen Anhaltspunkte, in welche Richtung der Gemeinderat die Verwaltung und die Stadt als Ganzes weiterentwickeln will. Es besteht deshalb dringender Handlungsbedarf, mittels einer neuen, ganzheitlichen Digital-Strategie die digitale Zukunft der Stadt Bern aktiv zu gestalten.

Die Stadt Bern engagiert sich in vielen Bereichen stark für die Nachhaltigkeit: Sie setzt sich beispielsweise mit der Energie- und Klimastrategie 2025 sehr für ökologische Nachhaltigkeit ein, hat als «Fair Trade Town» dieses Jahr ihr Bekenntnis zu sozialer Nachhaltigkeit erbracht und hat mit mehrfachen Aktivitäten im Bereich Open Source Software auch einen engen Bezug zu digitaler Nachhaltigkeit. Es ist deshalb wichtig und kohärent, nachhaltige Entwicklung auch in die neue Digital-Strategie der Stadt Bern einfließen zu lassen. Das bedeutet zum Beispiel, dass digitales Wissen allen Menschen zugänglich gemacht werden soll, dass in den Produktionsketten faire Arbeitsbedingungen herrschen und ökologische Standards eingehalten werden oder dass Geräte mit erneuerbarer Energie betrieben werden.

Deshalb fordern wir den Gemeinderat auf, folgende Punkte bei der Erarbeitung der neuen Digital-Strategie umzusetzen (punktweise Abstimmung):

1. Die Strategie soll die ökologischen, sozialen, ökonomischen und digitalen Zielsetzungen der nachhaltigen Entwicklung berücksichtigen.
2. Es soll die Möglichkeit geschaffen werden, dass innovative Ideen aus der Verwaltung und der Bevölkerung auf niederschwellige Art eingereicht und als Pilotprojekte umgesetzt werden können.
3. IT-Ausschreibungen sollen so vorgenommen werden, dass nicht nur ein Lieferant zugelassen ist, sondern die Beteiligung verschiedenster Anbietern möglich ist. Um dies zu erreichen sollen keine Produkt- und Herstellerbezogenen Vorgaben, sondern funktionale und nicht-funktionale Anforderungen gestellt werden.
4. Abhängigkeiten zu Technologie-Lieferanten sollen durch die Vorgabe von offenen Standards und Open Source Software (als nicht-funktionale Anforderungen) in IT-Ausschreibungen reduziert werden.
5. Die in der früheren ICT-Strategie formulierte Zielsetzung 5 «Einsatz von Open Source Produkten wird forciert» soll fortgeführt werden.

Begründung der Dringlichkeit

Zurzeit ist der Informatiklenkungsausschuss (ILA) daran, die bisherigen Ergebnisse der ICT-Strategie zu analysieren und daraus abgeleitet eine überarbeitete Digital-Strategie zu schaffen.

¹ http://www.bern.ch/mediencenter/medienmitteilungen/aktuell_ptk/2013-08-kurznachricht/downloads/egovstrategie_stadtbern_v_1_0.pdf

² http://www.bern.ch/politik-und-verwaltung/stadtverwaltung/fpi/informatikdienste/downloads/ict_strategie_2013_2016.pdf

Noch vor Ende 2017 soll der Gemeinderat diese neue Strategie verabschieden. Will der Stadtrat diesbezüglich Einfluss nehmen, muss diese Motion als dringlich erklärt werden.

Bern, 29. Juni 2017

Erstunterzeichnende: Matthias Stürmer, Danielle Cesarov-Zaugg, Katharina Gallizzi, Daniel Lehmann

Mitunterzeichnende: Lukas Gutzwiller, Michael Burkard, Bettina Jans-Troxler, Manuel C. Widmer, Stéphanie Penher, Rahel Ruch, Lea Bill, Ursina Anderegg, Franziska Grossenbacher, Eva Krattiger, Seraina Patzen, Daniel Egloff, Tabea Rai, Christa Ammann, Alexander Feuz, Roland Iseli, Luzius Theiler, Halua Pinto de Magalhães, Mohamed Abdirahim, Rithy Chheng, Lukas Meier, Johannes Wartenweiler, Bettina Stüssi, Patrizia Mordini, Benno Frauchiger

Antwort des Gemeinderats

Der Inhalt der vorliegenden Motion betrifft inhaltlich einen Bereich, der in der Zuständigkeit des Gemeinderats liegt. Der Motion kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu. Sollte die Motion erheblich erklärt werden, ist sie für den Gemeinderat nicht bindend. Er hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grads der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags. Zudem bleibt die Entscheidungsverantwortung bei ihm.

Nachfolgend geht der Gemeinderat auf die Punkte des vorliegenden Vorstosses ein:

Zu Punkt 1:

Der Gemeinderat bekennt sich zur Nachhaltigkeit und verfolgt das Ziel, die unterschiedlichen Nachhaltigkeitsdimensionen bei sämtlichen Tätigkeiten der Stadt umfassend zu berücksichtigen. Dies gilt auch bei jedem Vorhaben der Digitalisierung. Die neue Digital-Strategie der Stadt wird das Thema Nachhaltigkeit abbilden.

Zu Punkt 2:

Im Rahmen der Initiative zum Thema "Open Smart City" wurde diese Forderung zwischen der Verwaltung, der Forschungsstelle Digitale Nachhaltigkeit der Universität Bern und Impact Hub Bern intensiv diskutiert. Mögliche Ansätze zur Finanzierung und Abwicklung von Pilotprojekten auf niederschwellige Art werden aktuell federführend durch die Stadtkanzlei geklärt.

Eine technische Lösung für das Innovationsmanagement in der Verwaltung ist seit längerem bereits im Einsatz. Die Informatikdienste haben eine webbasierte Software ("InoBox") entwickelt. Über diese Lösung können alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung Ideen zu ICT-Themen einbringen. Die zuständigen ICT-Organisationseinheiten bearbeiten diese Ideen weiter. Sofern die Ideen umsetzbar sind, entstehen daraus konkrete ICT-Projekte.

Zu Punkt 3:

Wenn immer möglich, werden die benötigten Funktionen oder Systeme sowohl produkt- als auch anbieterinnen- und anbieterneutral gesucht und ausgeschrieben. In vielen Fällen, insbesondere im Bereich der Fachanwendungen, ist dies in den letzten Jahren fast ausnahmslos erfolgt. Heutzutage wird jedoch Informatik in den seltensten Fällen auf der grünen Wiese gebaut. Die Informatik-Landschaft in einem grossen Unternehmen wie die Stadtverwaltung ist vielfältig und äusserst komplex. Die Informatik ist organisch gewachsen. Die eingesetzten Technologien sind aufeinander abgestimmt, damit ein reibungsloser und leistungsfähiger Betrieb gewährleistet werden kann. Beim Austausch einzelner Komponenten eines Gesamtsystems oder bei der Erweiterung von bestehenden Komponenten können darum gewisse Sachzwänge entstehen, die nur mit unverhältnismässig

hohem Aufwand, beträchtlichen Kosten und zeitintensiven Umstellungsarbeiten eliminiert werden könnten. Deshalb können Abhängigkeiten zu Produkten oder einzelnen Firmen nie ganz ausgeschlossen werden. Die Informatikdienste und der Informatik-Lenkungsausschuss (ILA) beurteilen jede Ersatz- oder Neubeschaffung hinsichtlich Produkte- und Anbieterneutralität, bevor ein Auftrag erteilt wird bzw. ein Antrag an das finanzkompetente Organ verabschiedet wird.

Zu Punkt 4:

Die Forderung ist teilweise mit den Bemerkungen zu Punkt 3 erläutert. Um Abhängigkeiten mittel- und langfristig weiter reduzieren zu können, prüfen die Informatikdienste aktuell mit dem Projekt POTOSS, welche proprietären Software-Produkte mit Open Source Produkten ersetzt werden können. Diesbezüglich wird der Gemeinderat dem Stadtrat im Jahr 2018 eine Auslegeordnung der Möglichkeiten und Auswirkungen aufzeigen. In der Stadtverwaltung wird Open Source Software bereits heute breit eingesetzt, sei es bei Hintergrundsystemen oder bei einzelnen Fachanwendungen bzw. Frontend-Werkzeugen. So basiert beispielsweise der Internet-Auftritt der Stadt Bern auf einer Open Source Plattform. Dasselbe gilt für das Intranet und etliche weitere Anwendungen. In den Vorgaben für Ausschreibungen von ICT-Leistungen ist die Forderung nach offenen Standards enthalten.

Zu Punkt 5:

Der eingeschlagene pragmatische Weg des forcierten Einsatzes von Open Source Produkten, wo betrieblich sinnvoll und wirtschaftlich begründet, hat sich bewährt und soll unabhängig von den Ergebnissen des Projekts POTOSS fortgeführt werden. Daher wird diese Forderung auch in der neuen Digital-Strategie berücksichtigt werden.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.

Bern, 13. September 2017

Der Gemeinderat